

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

20. - 22. November 2013

LEGISLATUR - FINALE

Wir bringen Soziales nach vorn !



Die letzte Sitzung im alten Landtagsgebäude ist vorüber, überall werden Akten, Geräte und persönliche Dinge verpackt. Die Linksfraktion hat ihr politisches Gepäck für die nächsten Monate bereits zuvor auf einer Klausurtagung aufgenommen:

Es geht uns um bessere Bedingungen in der Erwerbsarbeitswelt – von der Erhöhung der Lohnuntergrenze bei öffentlichen Aufträgen von 8,50 Euro pro Stunde über eine Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, für gleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit und zur Stärkung der Arbeitnehmer*innenrechte bis hin zu Schritten zur Verbesserung von Personal-

schlüssel und Bezahlung in der Pflege. Mit dem Abschluss der Vorbereitung auf die neue EU-Förderperiode setzen wir Akzente bis 2020 – für mehr Innovation, bessere Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, weniger CO₂-Emissionen und besseres Miteinander von Stadt und Land.

Wir wollen bessere Bedingungen für junge Menschen. Wir drängen die Initiator*innen des Jugendbeteiligungsgesetzes, das Projekt noch in dieser Legislaturperiode dem Landtag zu übergeben.

Die Rückmeldegebühr für Student*innen wollen wir schnellstmöglich abschaffen. Im neuen Jahr packen wir eine Mietpreisdeckelung für brandenburgische Städte

an. In den Städten und Gemeinden wollen wir das Zusammenspiel von Polizei, Justiz und Kommunen bei der Kriminalitätsverhütung verbessern – auch durch Einsetzung einer/es Beauftragten für kommunale Kriminalitätsverhütung.

Besser leben in Brandenburg! Damit sind wir bei der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, die jetzt im Internet zur Diskussion steht und die wir in den nächsten Monaten auf den Weg bringen wollen.

Die finanzielle Basis für unsere Vorhaben ist solide. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir den geltenden Doppelhaushalt nicht aufgestockt – auch nicht für den Flughafen. Es bleibt dabei: Ab 2014 keine neuen Schulden mehr. Wir nahmen Nachjustierungen vor, die angesichts der Laufzeit eines Doppelhaushalts sinnvoll sind – z.B. zugunsten der Kommunen. Oder für die Bildung: 10 Mio. Euro zusätzlich für die Erhöhung der Vertretungsreserve an den Schulen. Und zur Verbesserung der Situation der Flüchtlinge in unserem Land haben wir ein Sofortprogramm mit 12,7 Mio. Euro beschlossen – teils für die zentrale Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt, teils für die Unterbringung in den Kommunen.

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender



Kommunalabgabengesetz: Forderungen an Altanschießer 2015 verjährt

Mit der Änderung des Kommunalabgabengesetzes kommt Brandenburg Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach. Dieses hatte gerügt, dass auch in Brandenburg die zeitlich unbegrenzte nachträgliche Veranlagung von Beitragspflichtigen möglich ist. Mit der Gesetzesänderung haben Altanschießer*innen große Hoffnungen verbunden. Um die jetzige Situation zu verstehen, ist ein Rückblick notwendig: In der vergangenen Wahlperiode konnten wir uns mit unserem Vorschlag nicht durchsetzen, mit einer Stichtagsregelung eine nachträgliche Veranlagung der Altanschießer*innen zu verhindern. Im Zeitraum 2008-2009 wäre das noch möglich gewesen – wenn die damalige rot-schwarze Landesregierung diesem

Weg gefolgt wäre. Doch dies geschah bekanntermaßen nicht. Bitter ist jetzt, dass heute eine solche Stichtagsregelung nicht mehr möglich ist.

Das Landesverfassungsgericht hat in einer Grundsatzentscheidung im ver-



gangenen Jahr die bisherige Rechtsetzung bekräftigt. DIE LINKE wirbt deswegen für differenzierte Herstellungsbeiträge bzw. für die Umstellung auf ein Gebührenmodell. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Verbände dazu ermutigt, ihren Spielraum für diese Modelle auszuschöpfen.

Nunmehr gilt, dass die Forderungen gegenüber Altanschießern definitiv 2015 verjähren. Damit wird endlich Rechtssicherheit geschaffen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik



Antirassismusklausel: Fraktionen ändern gemeinsam die Verfassung



Die sogenannte Antirassismus-Klausel ist beschlossen – mit den Stimmen aller Fraktionen: Künftig wird es in unserer Landesverfassung einen „Artikel 7a“ geben. Danach schützt das „Land ... das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen

und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“

Diese Klausel kann nach unserer Auffassung große Wirkung entfalten. Für uns ist seit langem klar: Wir sollten den Spielraum, den uns das Landesverfassungsrecht bietet, nutzen, um das friedliche Zusammenleben der Menschen in Brandenburg zu fördern. Deshalb haben wir in der Vergangenheit unter dem Vorzeichen einer antifaschistischen Klausel schon verschiedene Vorstöße in diese Richtung unternommen, damals ohne Erfolg.

Umso erfreulicher ist es, dass es in der dritten Lesung eine fraktionsübergreifende Zustimmung gab, die vor wenigen Monaten nicht zu erwarten war. In der ersten Lesung hatte sich die CDU diesem

Änderungsgesetz noch verschlossen. Wir verstehen die Verfassungsänderung zum einen als Vorgabe für Verwaltung, Polizei und Justiz, das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Land zu fördern und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konsequent entgegenzuwirken. Andererseits ist sie eine Aufforderung an die Brandenburger*innen, im Rahmen der Zivilgesellschaft dazu beizutragen, dass Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land keine Chance haben. Dieses Engagement wird die Landespolitik auch in Zukunft unterstützen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Sprecher für Innenpolitik

Flüchtlingspolitik: Menschenwürdig leben - das Recht jedes Menschen

In einer Aktuellen Stunde hat der Landtag über die steigenden Flüchtlingszahlen und die daraus folgenden Herausforderungen für Land und Kommunen debattiert. In Brandenburg werden in diesem Jahr bis zu 3600 Flüchtlinge erwartet. Dabei ist Europa in hohem Maß dafür mitverantwortlich: Seine Wirtschaft floriert auch auf Kosten der Entwicklungsländer. Seit Jahren sehen wir die schrecklichen Bilder von untergegangenen Booten, in die Flüchtlinge sich mit ihrer ganzen Hoffnung gesetzt hatten. Doch das Einzige, was heute in der

europäischen Flüchtlingspolitik funktioniert, ist – die Abschottung! Daher waren die Flüchtlingszahlen in den vergangenen Jahren stets gesunken. Deswegen müssen jetzt in einer ziemlich kurzen Zeit neue Unterkünfte hergerichtet und Betreuung organisiert werden. Dabei trifft man immer wieder auf Sorgen oder Ängste der Bürger*innen, auf Ressentiments und offene Ablehnung. Hier zeigt DIE LINKE bei den Bürger*innen Präsenz. Jetzt geht es darum, die Unterkunftsbedingungen durch häufigere Unterbringung in Wohnungen,

bessere Betreuung und Konzepte für ein Umzugsmanagement generell zu verbessern. Mit zwei Anträgen hat DIE LINKE dafür gesorgt, dass insgesamt 12,5 Mio. Euro für die Verbesserung der Unterbringung der Flüchtlinge in der Zentralstelle in Eisenhüttenstadt und in den Kommunen verwendet werden können.

Bettina Fortunato
Sprecherin für ein
Tolerantes Brandenburg



Kinder- und Jugendhilfestrukturen werden zeitgemäß weiterentwickelt



Der Landtag hat mehrheitlich das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfestrukturen“ beschlossen. Die Koalitionsfraktionen DIE LINKE und SPD brachten dabei Veränderungen in zentralen Bereichen ein: So sollen auch in Zukunft neun Vertreter*innen des Parlaments im Kinder- und Jugendausschuss des Landes vertreten sein. Alle Fraktionen

werden dabei im Verhältnis zu ihrer Stärke berücksichtigt. Darüber hinaus wurden die Informationsrechte konkretisiert und klargestellt, dass sich diese auch auf jugendhilferlevante Aspekte im Schulbetrieb erstrecken. Der wichtigste Veränderungsbedarf bestand jedoch darin, ein Beschlussrecht zu schaffen: Ohne dieses ist für DIE LINKE ein Landes-Kinder- und Jugendausschuss nicht vorstellbar. Deswegen wird im neuen Gesetz geregelt, dass der Ausschuss ein Beschlussrecht zu allen Bereichen, für die er zuständig ist, erhalten wird. Auch die Versäumnisse im Fall der Haasenburg-Heime und die Stärkung

der Heimaufsicht hat das Plenum thematisiert. In diesem Zusammenhang weisen wir auf das Fachgespräch „Alternativen zur Geschlossenen Unterbringung“ hin. Es wird am 03. Dezember 2013 von 13.30 bis 18.15 Uhr im Landtag Brandenburg, Raum 306, stattfinden. Veranstalter*innen sind DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg sowie DIE LINKE-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Torsten Krause
Sprecher für Kinder- und Jugendpolitik



Bericht der Enquete-Kommission vorgelegt: Starke Kommunen!

Die 2011 vom Landtag eingesetzte Enquetekommission hat nach zweieinhalb Jahren intensiver Arbeit ihren Abschlussbericht vorgelegt. Wir haben es geschafft, transparent und unter direkter Einbeziehung von Experten die Situation im Land Brandenburg zu analysieren und Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung der Landes- und Kommunalverwaltung zu ziehen. Wir sind uns darin einig, dass, sowohl durch die demografische Entwicklung als auch durch die absehbare Entwicklung der öffentlichen Haushalte, Reformbedarf besteht. Für die

Linksfraktion war klar, dass das Prinzip der Freiwilligkeit einen hohen Stellenwert haben muss. Wir vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung. Das konnten wir durchsetzen. Eine Funktionalreform, bei der es um die Verlagerung von Aufgaben vom Land auf die Kommunen geht, soll umgesetzt werden. Sieben bis zehn Landkreise werden als zukünftig ausreichend angesehen. Wir setzen uns dafür ein, eine Kreisreform mit entsprechenden Lösungen von unten zu verwirklichen. Die Kommission empfiehlt, keine erneute landesweite Gemeindegebietsreform zu

vollziehen. Alle Gemeinden sollen in ihrem Gebiet erhalten bleiben und nur die Verwaltungen konzentriert werden. Geplant ist, das so genannte „Amtsmodell“ zur brandenburgischen Amtsgemeinde weiterzuentwickeln. Alle diese Schritte dienen dazu, mehr Bürgernähe der Verwaltung zu erreichen und die ehrenamtliche Mitwirkung zu sichern.

Stefan Ludwig
Sprecher für Kommunalpolitik



NACHGEFRAGT

Rot-Rot in Brandenburg handelt: Mindestlohn im Vergabegesetz steigt

Interview mit **Matthias Loehr**, Sprecher für Wirtschaftspolitik

» Die gesetzliche Mindestlohnuntergrenze wird bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land Brandenburg auf 8,50 Euro erhöht werden. Auf Bundesebene indes wird über die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes verhandelt. Sind vor diesem Hintergrund landesspezifische Regelungen noch notwendig?

Gestritten ist wohl das richtigere Wort – und der Ausgang ist dabei noch völlig offen. Bisher ist weder bei der Höhe noch beim Zeitpunkt der Einführung – aktuell steht das Jahr 2016 im Raum – eine Einigung erzielt worden. Wir handeln und werden daher die Mindestlohnuntergrenze bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf 8,50 Euro erhöhen.



» Die kommunalen Spitzenverbände kritisieren das Vergabegesetz als Bürokratiemonster, Arbeitgeberverbände befürchten Arbeitsplatzverluste. Wie geht DIE LINKE-Fraktion mit solcher Kritik um?

Diese Vorwürfe der Lobbyverbände sind nicht neu. Zu den Fakten: Über 64.000 Menschen sind in Brandenburg trotz einer Arbeit auf aufstockende Sozialleistungen

angewiesen. Ein Grund für die hohe Zahl dieser sogenannten Aufstocker*innen sind Dumpinglöhne. Jede*r fünfte Vollzeitbeschäftigte in Brandenburg verdient weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Ich sage in aller Deutlichkeit: Arbeitsplätze, die auf der Ausbeutung von Menschen beruhen und ordentlich bezahlte Arbeitsplätze bedrohen, müssen verbessert werden. Die Subventionierung von Dumpinglöhnen ist Misswirtschaft und widerspricht der volkswirtschaftlichen Vernunft. Wenn der Markt dies nicht regelt, muss der Staat eingreifen – und das macht Rot-Rot in Brandenburg.



Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

- ◀ **Gesetzentwurf** zum Thema: Verfassungsänderung zur Antirassismus-Novelle), mit FDP, B90/Grüne
Drucksache 5/7321 · beschlossen
- ◀ **Gesetzentwurf** zum Thema: Gewässerunterhaltungsverbände, mit CDU und FDP
Drucksache 5/7920 · beschlossen
- ◀ **Gesetzentwurf** zum Thema: Brb. Ausbildungsförderungsgesetz
Drucksache 5/8110 · überwiesen
- ◀ **Antrag** mit Wahl: Astrit Rabinowitsch und Norbert Müller als Mitglied/stv. Mitglied Jugendhilfeausschuss
Drucksache 5/8129 · gewählt
- ◀ **Antrag** mit Wahl: Matthias Loehr als stv. Mitglied im Parl. Beirat der Stiftung für das sorbische Volk
Drucksache 5/8130 · gewählt
- ◀ **Neudruck des Antrages** zum Thema: Stichtagsregelung für Nachdiplomierung bei Fach- und Ingenieursausbildung abschaffen, mit CDU, FDP, B90/Grüne
Drucksache 5/8164 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Nachtragshaushalt
Drucksache 5/8172 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** zum Thema: Freiwilligendienste
Drucksache 5/8217 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** z. Thema: Versäumnisse Haasenburg-Heime
Drucksache 5/8218 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** z. Thema: Ausbau Schleusen (...)
Drucksache 5/8220 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** z. Thema: Versäumnisse Haasenburg-Heime
Drucksache 5/8221 · angenommen
- ◀ **Entschließungsantrag** z. Thema: Akt. Stunde: Flüchtlingszahlen, mit CDU, FDP, B90/Grüne
Drucksache 5/8222 · angenommen

Linksfraktion: Neue Abgeordnete



Astrit Rabinowitsch und Norbert Müller bereichern als neue Mitglieder die Linksfraktion: Sie sind für Kornelia Wehlan (jetzt Landrätin im Kreis Teltow-Fläming und Birgit Wöllert (nun für Brandenburg im Bundestag) nachgerückt. Astrit Rabinowitsch wird sich künftig



als Fachsprecherin zu Fragen der Senior*innen- und Pflegepolitik engagieren. Auch Norbert Müller wälzt bereits fleißig seine Akten: Er macht sich als Fachsprecher stark für den Verbraucherschutz und eine gute berufliche Bildung.

Eröffnung 18./ 19.01.14



Der Landtag von Brandenburg zieht um: Abgeordnete und Mitarbeiter*innen, auch bei der Linksfraktion, packen bald die Kartons. Mitte Dezember soll alles erledigt sein und die Arbeit im neuen Landtag mit Schloßhülle wieder durchstarten. Am 18. und 19. Januar 2014 wird es zur Eröffnung einen Tag der Offenen Tür geben. Wer neugierig ist, sollte in den kommenden Wochen die Medien verfolgen. Diese werden rechtzeitig darüber informieren, wie die Teilnahme möglich ist.

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

L nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Titel (Tartan-Laufbahn): plüss/photocase.com, Abflusrohr: Timmitom/photocase.com, Verfassung: DIE LINKE LTF BRB/Rosig
Schüler an Tafel: tobi_tobsen/Photocase.com, Geldscheine: Dino 5.0/photocase.com, Portraits Astrit Rabinowitsch und Norbert Müller: DIE LINKE LTF BRB/Joachim Liebe, Plenarsaal: MdF BRB

DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL)

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen



www.dielinke-fraktion.brandenburg.de